

Pressemitteilung

Bertelsmann Stiftung

Julia Schormann

14.07.2005

<http://idw-online.de/de/news121331>

Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte
Wirtschaft
überregional

Haushaltsnotstand droht: Alle Bundesländer müssen Ausgaben kürzen

"Schuldenmonitor" der Bertelsmann Stiftung analysiert Finanzpolitik bis 2020

Gütersloh, 14. Juli 2005. Um eine weitere Zunahme ihrer Gesamtverschuldung zu verhindern, müssen alle Bundesländer ihre Ausgaben drastisch reduzieren. Das zeigt der aktuelle Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung. Die erstmalig vorgestellte Studie, die in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) entwickelt wurde, analysiert die finanzpolitische Nachhaltigkeit der Bundesländer inklusive der Gemeinden. Der größte Konsolidierungsbedarf wurde für Bremen ermittelt. Um die Verschuldung des Stadtstaates bis 2020 auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, wäre eine sofortige und dauerhafte Absenkung des Ausgabenniveaus um mehr als 26 Prozent (das entspricht 1,0 Mrd. Euro) erforderlich. Der geringste Konsolidierungsbedarf ergäbe sich für Baden-Württemberg mit immerhin 5,6 Prozent der Ausgaben (entspricht 2,3 Mrd. Euro).

In allen ostdeutschen Bundesländern wird sich der Konsolidierungsdruck mit dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 dramatisch verschärfen. Der Schuldenmonitor projiziert die höchsten Verschuldungsquoten im Jahr 2020 für Berlin (198 Prozent des Bruttoinlandsproduktes), Sachsen-Anhalt (179 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (165 Prozent). Verstärkt durch die Schrumpfung der Bevölkerung würde diese zu einer dramatischen Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung führen. Diese wäre im Jahr 2020 in Bremen (rund 78.600 Euro pro Kopf), Berlin (rund 76.400 Euro) und Sachsen-Anhalt (rund 51.800 Euro) am höchsten. Hinzu käme für jeden Einwohner noch die Verschuldung des Bundes, die ohne finanzpolitische Korrekturen im Jahr 2020 bei fast 19.600 Euro pro Kopf liegen würde (alle Pro-Kopf-Angaben in Preisen von 2020). Bemerkenswert ist, dass selbst Bundesländer wie Baden-Württemberg (5,6 Prozent) und Bayern (7,3 Prozent) einen Kürzungsbedarf aufweisen, der größer ist als der des Bundeshaushalts (4,1 Prozent).

Eine Stabilisierung der Haushalte kann nach Auffassung der Bertelsmann Stiftung tatsächlich erreicht werden. Notwendig ist hierfür eine verbindliche, transparente und koordinierte Finanzplanung der Gemeinden, der Länder und des Bundes: "Angesichts des demographischen Wandels müssen wir die Eigendynamik wachsender Verschuldung durchbrechen", betont Dr. Johannes Meier, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung: "Die Investitionsbereitschaft von heute steigt und fällt mit der Perspektive des Standorts von morgen. Wachstum, Konsolidierung und Generationengerechtigkeit sind deshalb kein Widerspruch sondern bedingen einander."

Handlungsfähigkeit setze ein klares Bild der Lage voraus, so ZEW-Präsident Professor Wolfgang Franz: "Die Haushaltspolitik aller deutschen Bundesländer muss zukunftsgerichtet beurteilt werden." Anhand messbarer Kennzahlen ermöglicht der Schuldenmonitor eine kontinuierliche Nachhaltigkeitsberichterstattung und Transparenz über die Haushaltsperspektiven der Länder.

Über die Bertelsmann Stiftung:

Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Förderin des Wandels für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie will Reformen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie Internationale Verständigung voranbringen. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete, gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann

AG. In ihrer Projektarbeit ist die Stiftung unabhängig vom Unternehmen und parteipolitisch neutral.

Rückfragen an: Matthias Ritter, Telefon: 0 52 41 / 81-81 194, E-Mail: matthias.ritter@bertelsmann.de

URL zur Pressemitteilung: <http://www.bertelsmann-stiftung.de> - Hintergrundinformationen mit den Ergebnissen der einzelnen Bundesländer